

Informationen zur Europäischen Verfassung



Ausgabe 05/2003

Matt in 24 Stunden

Kürzester EU-Gipfel scheitert an Debatte über künftige Verfassung

"Niemand hat den Eindruck vermittelt, dass er entschlossen ist, die Verfassung scheitern zu lassen", so Angela Merkel nach dem Spitzentreffen der EVP (Europäische Volkspartei) in Paris zehn Tage vor der abschließenden Sitzung der Regierungskonferenz. Leider hat sich Realität noch nie nach Eindrücken gerichtet: 24 Stunden nach Beginn des Gipfels wurde er auch schon wieder abgebrochen und die Verhandlungen über die europäische Verfassung auf unbestimmte Zeit verschoben. Kein zweites Nizza wollte man, keine Feilschereien und Package-Deals am frühen Morgen: Der Konvent hatte ein Papier präsentiert, dem letztlich Vertreter von 28 Staaten zustimmen konnten. Dennoch stellte die Regierungskonferenz von Anfang an alles erneut in Frage. Valéry Giscard D'Estaing orakelte bereits, keine Verfassung sei besser als eine, die Teile des Nizza-Vertrags integriere. Das ist insofern richtig, als dass der Nizza-Status Quo wenigstens nicht in Zement gegossen wurde. Dass der Gipfel jedoch so früh abgebrochen wurde, zeigt jedoch die Unvereinbarkeit der Positionen und letzten Endes dass die intergou-

vernementale Methode in Europa nicht funktioniert. Wahrscheinlich wollte in der Tat niemand das Scheitern, doch genauso wenig waren die Staatsoberhäupter bereit, heilige Kühe zu opfern. Vor allem Spanien und Polen wollten die in Nizza ausgehandelten Privilegien nicht aufgeben und hielten an der verabredeten Regelung zur Stimmengewichtung fest. Doch auch weitere Punkte waren strittig, so beispielsweise die Größe der Kommission. Der Gipfel in Brüssel hat einen ersten Eindruck vermittelt, wie schwierig Konsensfindung ist, wenn 25 Staats- und Regierungschefs zu entscheiden haben - denn letzten Endes sind sie Vertreter nationaler Interessen. Der Vertrag von Nizza sieht komplizierte Abstimmungsmechanismen im Rat vor: 71 Prozent der Stimmen im Rat und die einfache Mehrheit der Mitgliedsstaaten werden in Zukunft für Entscheidungen gebraucht werden. Darüber hinaus muss auf Antrag eines Mitgliedsstaats geprüft werden, ob die Befürworterstaaten mindestens 62 Prozent der Bürgerinnen und Bürger repräsentieren. Damit scheint der Stillstand vorprogrammiert zu sein.

Deswegen werden die Stimmen nach einem Europa der zwei Geschwindigkeiten immer lauter: Der Euro hat gezeigt, es kann gehen und auch im Schengener Abkommen sind nicht alle EU-Staaten Mitglied. Gleichzeitig ist das einzige Ergebnis der Regierungskonferenz eine Entscheidung zur künftigen Verteidigungsunion: Angestoßen von Frankreich, Großbritannien und Deutschland, also jenen dreien, die ihre Zusammenarbeit schon am Ernstfall Iran getestet hatten und aller Welt, inklusive den USA, zeigten, wozu europäische Diplomatie fähig ist, soll eine Europäische Verteidigungsunion gegründet werden. Jeder der will und kann, soll sich den dreien anschließen können. Europas Staaten, die zum einen allein nichts ausrichten können in der Weltpolitik, haben zum anderen vor allem ein Sicherheitsverständnis zu bieten, das sich vor allem auf die Begriffe Prävention und humanitäre Intervention bezieht. Doch trotz aller hehren Absichten lässt sich nicht verschleiern, dass diese Initiative nur eine Notlösung darstellt. Das ist das Europa à la Carte, das eigentlich niemand will,

aber dennoch Gestalt annimmt. Wenn sich in den nächsten Monaten kein Kompromiss abzeichnen wird, wird auch bei der Verfassung eine Gruppe von Kernstaaten voranschreiten und diese beschließen, in der Hoffnung, dass die anderen dann nachziehen. Wenn Europa eben nicht gleichermaßen gemeinsam kann, dann soll eben ein Teil voranschreiten. Dies verprellt die Länder, die außen vor bleiben sollen. Polens Starrsinn mag auf Unverständnis treffen, doch steckt hinter dem angeblichen machtpolitisch motivierten Kalkül, an der Stimmengewichtung aus

Autorin: Nicole Meßfimer

Nizza fest zu halten, vielleicht viel mehr: Acht der neuen Beitrittsstaaten haben sich vor gerade 13 Jahren vom Riesen EU gelöst und noch später erst eigene Verfassungen auf den Weg gebracht. Die Furcht vor einer neuen Abhängigkeit lässt aus Europäern von Zeit zu Zeit Zauderer werden. Dass sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel nicht auf einen gemeinsamen Nenner einigen konnten, ist die Folge mehrerer Entwicklungen: Die Unfähigkeit, im Irak-Krieg eine gemeinsam Position zu finden, der Alleingang Deutschlands und Frankreichs beim Stabilitätspakt und die Dickköpfigkeit Spaniens

und Polens in der Frage um die Stimmengewichtung sind verschiedene Seiten ein und der selben Medaille: In Europa geht es viel zu sehr um nationale Interessen - solange die Regierungskonferenzen über Wohl und Wehe in Europa entscheiden, wird sich dies auch nicht ändern. Doch eines ist sicher: einen zweiten Konvent wird es so schnell nicht geben. Europa bleibt die Hoffnung, dass alle Verantwortlichen aus dem Debakel gelernt haben: Integration ist nur gemeinsam möglich, nicht über den Umweg eines Federal Core und sicher nicht, indem Sündeböcke gesucht werden.

"We don't do it because it's easy, we do it because it's hard" (JFK) Ein Plädoyer für eine verstärkte Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der EU

New Frontiers"- so beschrieb vor 40 Jahren US-Präsident John F. Kennedy seine neue Politik für die Vereinigten Staaten. Ein Motto, das heute, vier Jahrzehnte später, auch für die Europäische Union gelten sollte. Am Vorabend der Osterweiterung sind diese "neuen Grenzen" nicht nur buchstäblich zu verstehen, sondern auch symbolisch für die Aufgaben, die sich für eine Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) der Union in Zukunft ergeben werden.

Die Idee einer europäischen Sicherheits- und Verteidigungsidentität ist so alt wie die Geschichte der Europäischen Gemeinschaften. Und ebenso lang wie die ökonomische Erfolgsgeschichte dieser Gemeinschaften ist die des Scheiterns der ehrgeizigen Sicherheitspolitikpläne. Bereits in den 50er

Jahren zerbrach die Idee einer Europäischen Verteidigungsgemeinschaft am Votum der französischen Nationalversammlung. Zwangsläufig folgte daraufhin die sicherheitspolitische Absicherung des westlichen Europas im Rahmen der Nato, fest verbunden mit den USA und Kanada. Dies war eine durchaus tragfähige und erfolgreiche Strategie, was letztlich ja auch das Ende des Kalten Krieges verdeutlichte. Dennoch spielten in der Nato zunehmend zwei ungleiche Partner: Eine in Militärtechnologien immer stärker voranschreitende USA und ein hinterherhinkendes Europa, das darum bemüht war, nach 1990 möglichst lange eine Friedensdividende zu kassieren. Dies galt auch für die Bundesrepublik, die gar keine andere Wahl hatte, als diesen Weg zu gehen, beäugten doch selbst die

europäischen Partner die schiefe Truppenstärke der Bundeswehr mit nicht verhohlenem Argwohn.

Die Krisen des Balkans in den 90er Jahren zwangen die Europäische Union dann erneut zum Ausarbeiten einer Strategie, eben jener Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Doch wie so oft, steckte auch hier der Teufel im Detail. Das Ziel war vorgegeben, über den Weg und die Geschwindigkeit gab es jedoch unterschiedliche Vorstellungen. Auch deswegen und nicht nur aufgrund der amerikanischen Politik des Teilen und Herrschens versagte die Union auf dem Balkan - genauso wie in der jüngsten Irakkrise - auf ganzer Linie. Die EU verkehrte General Blüchers berühmten Ausspruch in das Gegenteil: Es marschierte nicht nur getrennt, es schlug auch

seine Schlachten getrennt. Dabei ist die GASP von elementarer Bedeutung für Europas Zukunft. Nur durch ihren Erfolg kann sich die EU auf der Weltbühne als ernst zu nehmender Spieler präsentieren.

Wirtschaftlich ist die EU ohne Frage eine Weltmacht - aber was kommt danach? Es geht nicht darum, ein Europa aufzubauen, dass den Amerikanern militärisch ebenbürtig oder überlegen ist. Das ist auch gar nicht nötig und liegt nicht im Gründungskontext der EU. Die Union muss im besten Fall eine Zivilmacht mit einer militärischen Komponente werden, im bewussten Gegensatz zur USA, die in vieler Hinsicht eine Militärmacht mit ziviler Komponente ist. Aber das bedeutet eben auch, dass die EU ihre eigenen strategischen Interessen im Zweifelsfall ohne die Amerikaner weltweit durchsetzen muss. Auch müsste sie amerikanische Außenpolitik, die sie für falsch hält, als gleichberechtigter Partner und Freund kritisieren und notfalls auch verhindern können. Diese riesige Zukunftsaufgabe wird durch die Erweiterung noch härter. Die EU ist eben nicht nur eine Wirtschaftsgemeinschaft, sondern auch eine Wertegemeinschaft.

Mittelfristig muss das Kompetenzabgabe auch im sicherheitspolitischen Bereich bedeuten. Dies fällt umso schwerer,

da die Außen- und Sicherheitspolitik ein elementarer Bestandteil der nationalstaatlichen

Souveränitätsvorstellungen ist. Das zweite Element dieser Vorstellungen, die nationale Währung, haben viele Staaten der EU zugunsten des Euros bereits aufgegeben. Verständlich daher die skeptische Reaktion auf die Idee, das nächste und wichtigste nationale Machtinstrument an Brüssel zu delegieren.

Doch es wird am Ende keine andere Möglichkeit geben, soll die Idee eines vereinigten Europas als wirkliches Gewicht in der Welt nicht zum Scheitern verurteilt sein. Ein britischer Diplomat sagte einmal über Deutschland, dass das deutsche Dilemma darin bestünde, "für Europa zu groß und zu mächtig zu sein, aber nicht groß genug, um auf Dauer als Weltmacht bestehen zu können." Wenigstens der zweite Teil des Satzes gilt heute auch für jeden anderen Mitgliedstaat der EU. Der Ausweg aus diesem Dilemma kann nur eine konsequent entwickelte europäische Außen- und Sicherheitspolitik sein, die eine militärische Komponente - auch unter Einschluss der Atomstreitkräfte - beinhaltet.

Der Weg zu den "New Frontiers" war nie einfach, nicht für John F. Kennedy 1963 und

auch nicht für die EU 2003. Am Ende aber bleibt hoffentlich die Einsicht, dass es keine andere Option als die GASP geben kann. Ob ihre Realisierungschancen jedoch durch die neue EU-Verfassung steigen werden, ist mehr als fraglich. Auch die vorgesehene Funktion eines europäischen Außenministers füllt die Form noch nicht mit Inhalt. Seine Kompetenzen fallen eher bescheiden aus, so dass hier eher von einer Symbolfigur, dem "Mr. Europa, den man anrufen kann" (Kissinger), die Rede sein muss.

Die wirkliche Macht und damit auch die Entscheidungskompetenzen verbleiben jedoch auf nationalstaatlicher Ebene.

Denn solange in den europäischen Hauptstädten auf diesem Felde nicht der Wille zur Kompetenzabgabe vorhanden ist, bleibt der Weg zum ernst zu nehmenden außenpolitischen Akteur "Europa" blockiert.

Daran kann auch die Verfassung nichts ändern. Der Versuch jedoch, dutzendfache nationale Außen- und Sicherheitspolitik und einheitliche Europäische Außen- und Sicherheitspolitik unter einem Hut zu vereinbaren, kommt der Quadratur des Kreises gleich.

Mit einer GASP in der Realität aber kann Europa nur gewinnen, ohne sie werden alle - auch die Nationalstaaten - letzten Endes verlieren!

Soldaten statt Bürokraten?

Brauchen wir eine europäische Armee?

Mit dem Eurobarometer erforscht die Europäische Kommission halbjährlich die öffent-

liche Meinung der Bürger der Union. Im Juli 2003 kamen die Forscher zu dem Ergebnis, dass

sich 73% der Europäer eine auf Unionsebene beschlossene auswärtige Politik wünschen.

Für eine gemeinsame Entscheidungsfindung in militärischen Fragen sprachen sich 50% der Befragten aus. Brauchen wir eine europäische Armee, um diesen Wünschen nach einer stärker europäisch geprägten Außen- und Sicherheitspolitik gerecht zu werden? Nicht zwingend. Sehr wohl aber braucht die EU eine verstärkte Zusammenarbeit der Mitgliedstaaten auf diesem Gebiet.

Gemäß der Beistandsklausel in Artikel 5 des Nato-Vertrages wird den Nato-Mitgliedstaaten kollektive Sicherheit durch das Bündnis mit den USA garantiert. Aufgrund dessen brauchen wir keine eigene starke europäische Armee, um uns gegen eventuelle Angriffe von außen zu schützen. Außerdem müsste die EU der 25 ihre militärischen Ausgaben mindestens verdoppeln, wollte sie sich auch nur annähernd mit den militärischen Kapazitäten der USA messen können. Hierfür fehlt es jedoch an der Dringlichkeit und am politischen Willen. Das beweist schon der Fakt, dass die meisten europäischen Staaten ihre militärischen Ausgaben seit den achtziger Jahren eher zurückgefahren haben.

Autorin: Feodora von Franz

Eine stärkere europäische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Außen- und Sicherheitspolitik ist jedoch durchaus

wünschenswert. Die Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik (ESVP), die 1999 als Instrument der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik (GASP) eingeführt wurde, ist stetig ausgebaut worden. Ziel der ESVP ist es nicht, eine europäische Armee zu schaffen, sondern eine effizientere Nutzung der vorhandenen militärischen Kapazitäten beim internationalen Krisenmanagement zu ermöglichen. Erste Einsätze in diesem Sinne sind dieses Jahr angefallen. Die EU hat die Nachfolge der bisher von den Vereinten Nationen geführten Polizeimissionen in Bosnien und Herzegowina angetreten und im militärischen Bereich die Nato-Mission "Allied Harmony" in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien übernommen.

Im Konvent zur Zukunft Europas wurde bis zum Schluss zwischen "Intergouvernementalisten" und "Integrationisten" darum gerungen, ob das Veto in Fragen der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik beibehalten oder durch eine Abstimmung mit qualifizierter Mehrheit ersetzt werden sollte. Letztendlich haben sich die "Intergouvernementalisten" durchgesetzt, also diejenigen, die für eine weitere Zusammenarbeit der Regierungen und gegen eine Übertra-

gung der Zuständigkeiten an die EU sind. Es bleibt demnach wie bisher beim Einstimmigkeitsprinzip. Das Heft der Außen- und Sicherheitspolitik bleibt in den Händen der Mitgliedstaaten und somit weiterhin ein massgebliches Instrument ihrer nationalen Souveränität.

Das bedeutet jedoch nicht "full-stop" auf allen Ebenen: Bis 2004 soll eine gemeinsame Rüstungsagentur eingerichtet werden. Des Weiteren enthält europäische Verfassungsentwurf eine Beistandsklausel für den Fall eines terroristischen Angriffs oder einer Katastrophe (Artikel I-42) und Javier Solana, der Hohe Vertreter der GASP, hat dem Europäischen Rat im Juli 2003 eine erste europäische Sicherheitsdoktrin vorgelegt. Auf ihrer Grundlage soll bis Dezember von Ministerrat und Kommission eine detaillierte Strategie erarbeitet werden.

Dies sind alles nicht zu unterschätzende Schritte hin zu einer effizienteren Nutzung der militärischen Kapazitäten der EU-Mitgliedstaaten und somit zu einer erhöhten sicherheitspolitischen Handlungsfähigkeit der Union. Eine starke europäische Armee brauchen wir dafür aber nicht. Eine solche kann, wenn überhaupt, nur eine weit entfernte Zukunftsvision sein.

Impressum:

Deutscher Bundesjugendring, Mühlendamm 3, 10178 Berlin, Telefon 030/400 404-00, Fax 030/400 404-22, E-Mail: info@dbjr.de
 Verantwortlich für den Inhalt: Gunda Voigts
 Redaktion und Layout: Jochen Rummenhöller, Wolfgang Peschel, Monica Stutterheim
 Texte von: Nicole Meßmer, Ivo Mechtel, Feodora von Franz

19. Dezember 2003